



Regierungsratsbeschluss vom 02. Juli 2024

Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Belastungen für ar-
mutsbetroffene Familien durch Zusatzkosten in der Volksschule

P245139

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

In der Schweiz haben alle Kinder und Jugendliche das Recht auf kostenlose Bildung und die Pflicht die Schule regelmässig zu besuchen. Dies unabhängig von der sozialen Situation oder der Herkunft der Kinder und Jugendlichen. Kostenpflichtige Zusatzangebote sollen daher möglichst freiwillig und ausserhalb der obligatorischen Unterrichtszeit organisiert werden. Mit einer korrekten Anwendung können die Kosten gesenkt werden. Die Neuschaffung eines Angebots, Läusemittel für Erziehungsberechtigte vergünstigt zur Verfügung zu stellen, ist aktuell nicht vorgesehen.

